

Rede von Jacques Delors vor dem Europäischen Parlament (18. Februar 1987)

Quelle: Bulletin der Europäischen Gemeinschaften. 1987, n° Sonderbeilage 1/1987. Luxemburg: Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften. "Rede von JACques Delors vor dem Europäischen Parlament", p. 30-41.

Urheberrecht: (c) Europäische Union

URL:

http://www.cvce.eu/obj/rede_von_jacques_delors_vor_dem_europaischen_parlament_18_februar_1987-de-5a7c0454-fa33-49c4-a62e-0c2fc3b1a4af.html



Publication date: 06/01/2017

Rede von Jacques Delors vor dem Europäischen Parlament (18. Februar 1987)

Herr Präsident des Europäischen Parlaments,
Meine Damen und Herren Abgeordneten,
Herr amtierender Ratspräsident!

In meiner Erklärung zu den Leitlinien der neuen Kommission im Januar 1985 hatte ich Ihnen gesagt, was mir Kopfschmerzen bereitet: die Glaubwürdigkeit Europas. Im Januar 1986, bei der Aussprache über das Arbeitsprogramm der Kommission, hatte ich darauf hingewiesen, daß wir uns bei der Weiterführung des europäischen Aufbauwerks vor zweierlei hüten müssen: Wir dürfen nicht die Geduld verlieren und dürfen uns nicht festfahren. Ich hatte sogar, auf die Gefahr hin, Mißfallen zu erregen, von der Versuchung des Nominalismus gesprochen. Sie werden daher verstehen, daß die Kommission nach zweijähriger Amtszeit gemeinsam mit Ihnen feststellen will, inwieweit auf die Worte Taten gefolgt sind und die eingegangenen Verpflichtungen eingehalten wurden. Unser Ziel dabei ist, es künftig besser zu machen und der Europäischen Union noch rascher näherzukommen.

Was haben wir also seit zwei Jahren getan, um dem europäischen Aufbauwerk neuen Schwung zu verleihen? Und was bleibt uns in diesem und im kommenden Jahr noch zu tun?

1985 haben wir dem großräumigen Binnenmarkt einen neuen Impuls gegeben und vorgeschlagen, daß die Gemeinschaft bis 1992 ein Wirtschaftsraum ohne Binnengrenzen wird. Im Lichte unserer Erfahrung haben wir in Form eines Zeitplans eine Methode vorgeschlagen, um dieses Ziel zu erreichen. Die Kommission glaubte damals und glaubt noch immer, daß der großräumige Binnenmarkt unter den gegebenen Umständen die eigentliche Antriebskraft der europäischen Wirtschaftsintegration ist.

Vom Rhythmus dieser Wirtschaftsintegration wird der Ausgang des Wettlaufs gegen die Zeit abhängen, bei dem es um den Fortbestand Europas geht. Deshalb mußten wir eine andere Gangart einschlagen, und deshalb mußten wir ablassen von der fixen Idee der Einstimmigkeit, die nach und nach das gesamte institutionelle System der Gemeinschaft vergiftet hatte.

1986 haben wir gemeinsam die Einheitliche Akte vorbereitet und sodann gebilligt. Wir haben gemeinsam den Wunsch geäußert, daß sich diese Reform nicht auf eine simple Anpassung der Verfahren beschränken möge. Wir haben gemeinsam darauf gedrängt, daß weitere Bereiche ausdrücklich in das Gemeinschaftswerk einbezogen werden: eine europäische Forschungs- und Technologiepolitik, der Umweltschutz und die Arbeitsbedingungen. Auch wenn manche glauben — und auch ich bin dieser Meinung —, daß die Einheitliche Akte nicht weit genug gehe, so ist sie doch in Wirklichkeit viel anspruchsvoller, als es den Anschein hat. Unsere Aufgabe wird es sein, sie in diesem und im kommenden Jahr in Maßnahmen und Vorschläge umzusetzen und zu erreichen, daß die zwölf Mitgliedstaaten selbst alle Konsequenzen daraus ziehen. Es wird eine schwierige Aufgabe sein. Machen wir uns nichts vor. Der erste Schritt ist getan, oder zumindest beinahe. Aber es steht zu befürchten, daß es am politischen Willen fehlen wird.

Dies ist nur einer meiner Eindrücke von der Reise durch die Hauptstädte, die wir auf Verlangen des Europäischen Rates in den vergangenen Monaten unternommen haben. Ich erinnere Sie daran, daß es uns bei dieser Reise durch die Hauptstädte darum ging, den Standpunkt der Regierungen zu einem Zeitpunkt in Erfahrung zu bringen, zu dem die Kommission ihre Vorschläge für das ausarbeitete, was ich die zweite Chance für Europa genannt habe. Es ging also nicht darum, die Standpunkte anzunähern oder den Regierungen Gelegenheit zu geben, anstelle der Kommission Initiativen zu ergreifen. Nein, es ging vielmehr darum, zu erklären, was auf dem Spiel steht, Dinge bewußt zu machen und einen Denk- und Reifeprozess in Gang zu setzen; der erfahrungsgemäß unumgänglich ist, wenn sich in der Gemeinschaft eine Krise am Horizont abzeichnet.

Wir haben die Mitgliedstaaten angehört. Wir haben die Vertreter des Parlaments angehört, mit denen wir vergangene Woche zusammengetroffen sind. Die Kommission hat am vergangenen Sonntag gearbeitet und ihre Arbeiten abgeschlossen. Sie hat beschlossen, das Parlament als erstes über ihre Vorschläge zu informieren. Denn sie ahnt, daß eine Annahme dieser Vorschläge nur möglich sein wird, wenn alle jene

mobilisiert werden, die für den Aufbau Europas kämpfen, besonders aber diejenigen, die die europäischen Bürger zu ihren Vertretern gewählt haben, nämlich die europäischen Abgeordneten, also Sie, meine Damen und Herren.

Natürlich haben wir gezögert. Natürlich haben wir diskutiert. Aber letztlich haben wir uns für Klarheit entschieden. Unsere Pflicht war es, die zwölf Regierungen vor die Entscheidungen zu stellen, die unumgänglich sind, wenn das europäische Aufbauwerk in dem gewünschten Rhythmus vorankommen soll. Was die Kommission vorschlägt, läßt sich in zwei einfachen Gedanken zusammenfassen: mehr Zusammenhalt, mehr Disziplin. Ob es sich nun um die Gemeinsame Agrarpolitik, um die Strukturpolitik oder um die Finanzen handelt, die Gemeinschaft muß wählen zwischen einer vagen Freihandelszone, die um einzelne finanzielle Transfers angereichert ist, und einem echten gemeinsamen Wirtschaftsraum. Dieser einheitliche Wirtschaftsraum ist die Voraussetzung für die Stärke Europas, die Voraussetzung für die Europäische Union, die in der Präambel der Einheitlichen Akte feierlich bekräftigt wurde.

Dies ist die Herausforderung, die wir bestehen müssen, meine Damen und Herren, wie auch in dem Bericht an die Regierungen deutlich wird. Diese Aufgabe hat die Kommission in Angriff genommen. In diese Richtung zielen ihre Vorschläge, die ich Ihnen nun erläutern möchte. Die Annahme dieser Vorschläge macht einen wesentlichen Teil der Gemeinschaftsarbeit für 1987 aus, aber damit ist es nicht getan. Wir müssen auch das 1985 und 1986 geschaffene Fundament für die Neubelebung des europäischen Aufbauwerks verstärken. Ich werde Ihnen später kurz die wichtigsten Leitlinien und die Schwerpunkte beschreiben.

Aber zunächst müssen wir dafür sorgen, daß die Einheitliche Akte ein Erfolg wird. Was die Einheitliche Akte beinhaltet, läßt sich in einem Satz zusammenfassen: Es ist die Verpflichtung, den großräumigen grenzfreien Markt, einen stärkeren wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt, eine europäische Forschungs- und Technologiepolitik, den Ausbau des Europäischen Währungssystems, den Ansatz eines europäischen Sozialraums und bedeutsame Aktionen auf dem Gebiet des Umweltschutzes gleichzeitig zu realisieren. Ich betone: gleichzeitig.

Um diese Ziele erreichen zu können, muß die Gemeinschaft schwierige Probleme lösen und vier wesentliche Voraussetzungen erfüllen, auf die im dem Parlament und dem Rat vorgelegten Bericht hingewiesen wird; diese Voraussetzungen sind: eine der veränderten Weltlage angepaßte Gemeinsame Agrarpolitik, Gemeinschaftspolitiken von echter wirtschaftlicher Bedeutung, stabile, ausreichende und garantierte Eigenmittel und eine tatsächlich wirksame Haushaltsdisziplin.

Zunächst eine der veränderten Weltlage angepaßte Gemeinsame Agrarpolitik. Die Landwirtschaft, die allein mehr als 10 Millionen Personen in der Gemeinschaft beschäftigt und, nebenbei bemerkt, einer weit höheren Zahl von Menschen Arbeit verschafft, bildet die wesentliche Grundlage der Agrarnahrungsmittelindustrie. Sie hat für Europa eine vitale wirtschaftliche und strategische Bedeutung.

Die Gemeinsame Agrarpolitik hat in den 25 Jahren seit ihrer Einführung erfolgreich funktioniert. Die Prinzipien, die ihr zugrunde liegen, behalten ihre Gültigkeit: Gemeinschaftspräferenz, Einheit des Marktes und finanzielle Solidarität.

Aber, meine Damen und Herren, angesichts des allgemeinen Wirtschaftsumfeldes und der Lage der Agrarmärkte ist es notwendig geworden, ein besseres Gleichgewicht anzustreben zwischen einem Angebot, das durch die technologischen Fortschritte angeheizt wird, und einer Nachfrage, deren Wachstum nicht mehr Schritt halten kann. Deshalb hat die Kommission 1985 eine Aktion in die Wege geleitet, die durch eine restriktive Preispolitik, eine flexiblere Anwendung der Garantieregelung und der Interventionsmechanismen und eine Verstärkung der Erzeugermitverantwortung, auch mit Hilfe der Quotenregelung, ausgebaut werden soll.

Ganz allgemein geht es darum, die Landwirte nach und nach dahin zu führen, daß sie ihre Produktionsentscheidungen auf die Gegebenheiten der europäischen und internationalen Märkte abstimmen und nach neuen Absatzmärkten suchen. Die Gemeinschaft hat diesen Weg eingeschlagen. Sie muß ihn weitergehen.

Die seit 1984 beschlossenen Reformen der Gemeinsamen Agrarpolitik sowie das „Preispaket“ für 1987 ermöglichen eine jährliche Mitteleinsparung in Höhe von rund 6 Milliarden ECU bei konstantem Dollarkurs. Diese Zahl macht deutlich, welche Opfer unsere Landwirte mutig auf sich genommen haben, und sie beweist, daß die Kritik, die an der Gemeinsamen Agrarpolitik geübt worden ist, ungerechtfertigt ist.

Es ist jedoch klar, daß diese Politik die Einkommenslage der wirtschaftlich schwächsten Agrarbetriebe weiter verschlechtern kann. Die europäische Landwirtschaft, die von einem durch familienbetriebliche Struktur bestimmten Agrarmodell geprägt ist, könnte dadurch ein anderes Gesicht erhalten. Und doch hat dieses Modell kulturell und sozial seine ökonomische und ökologische Effizienz bewiesen. Deshalb muß es erhalten werden. Entsprechende Lösungen gibt es bereits. Sie bestehen darin, die Maßnahmen, die getroffen werden, um der besonderen Lage bestimmter Landwirte oder bestimmter Regionen Rechnung zu tragen, zu differenzieren.

Als Beispiele nenne ich nur die Modulierung der Abgabe für Milcherzeugnisse, die Beihilfen für Getreideerzeuger, die Modulierung der Bestimmungen über die Produktionsquoten entsprechend der Spezialität bestimmter Regionen oder bestimmter Länder und die Beihilfen für die Rinderzucht.

Falls diese Maßnahmen nicht ausreichen sollten, muß die Kommission sich zur Einkommensstützung entschließen. Wenn sie es nicht tut, werden es andere an ihrer Stelle tun, und wir riskieren eine Renationalisierung, die wir um jeden Preis verhindern wollen.

Die Kommission schlägt daher vor, die Beihilfen in eine auf Gemeinschaftsebene genau festgelegte Rahmenregelung einzubinden. Diese Rahmenregelung soll sicherstellen, daß die Beihilfen den Wettbewerb nicht verfälschen oder sonstigen Maßnahmen zur Produktionseindämmung zuwiderlaufen. Die Zukunft des gemeinsamen Agrarmarktes steht auf dem Spiel. Diese Rahmenregelung soll auch bewirken, daß das bestehende regionale Gefälle sich nicht weiter vergrößert.

Insgesamt geht es darum, zu einer ausgewogeneren Gemeinschaftsaktion zu gelangen, bei der die Maßnahmen zur Marktstützung und die Maßnahmen zur Einkommensstützung besser abgestimmt werden. Es geht auch darum, die Grundlagen einer ländlichen Entwicklung zu schaffen, die unerlässlich ist, um die Raumordnung zu gewährleisten, ein gesundes Gleichgewicht zwischen Natur und Mensch herzustellen und, schließlich und vor allem, eine Lebensweise zu erhalten, die für zahlreiche Regionen im Norden wie im Süden Europas charakteristisch ist.

Unsere Landwirte, meine Damen und Herren, hätten kein Verständnis, wenn nur die Gemeinschaft allein Opfer bringen sollte, um sich der veränderten Weltlage anzupassen. Unsere Agrarpartner in der Welt müssen das verstehen. Nur durch ein konzertiertes Vorgehen können die nachteiligen Folgen der erratischen Schwankungen der Notierungen auf den Weltmärkten, die durch die Währungsunruhen zusätzlich verschärft werden und zu jenem verhängnisvollen Subventionskrieg führen, eingedämmt werden.

Bringen wir unser Haus in Ordnung. Seien wir anspruchsvoll gegenüber unseren Partnern, damit sie es uns gleichtun. So wird die Gemeinsame Agrarpolitik bei der Stärkung des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts der Gemeinschaft neben der Gemeinschaftspolitik in den anderen Bereichen wieder unersetzbar werden.

Eine der veränderten Weltlage angepaßte Gemeinsame Agrarpolitik, aber auch andere *Gemeinschaftspolitiken von echter wirtschaftlicher Bedeutung.*

Die Gemeinsame Agrarpolitik, meine Damen und Herren, darf nicht die einzige Gemeinschaftspolitik von wirtschaftlicher Bedeutung bleiben; die erweiterte Gemeinschaft braucht heute neue Perspektiven.

Was die Strukturmaßnahmen angeht, waren um ein gemeinschaftliches Vorgehen zwei Konzepte denkbar: Das erste — nur makroökonomische — Konzept beruht auf den Vorzügen der unsichtbaren Hand, die über die Finanzströme wirkt; die Ressourcentransfers zwischen den Mitgliedstaaten dürften — vorausgesetzt, sie

sind hoch genug — ausreichen, um die wirtschaftliche Konvergenz zu gewährleisten.

Das zweite — mikroökonomische und strukturpolitische — Konzept soll die Innovation fördern, Engpässe abbauen und Dimensionseffekte begünstigen. Kurzum, die Strukturpolitik muß realitätsnah sein.

Die Kommission hat sich, ermutigt durch den Erfolg der Integrierten Mittelmeerprogramme, für diese weniger kostspielige und wirksamere zweite Lösung ausgesprochen.

Die Reform der Strukturfonds kommt somit in realen Wirtschaftszielen zum Ausdruck. Ebenso wie das Rahmenprogramm für die technische Forschung, finden die neue Verkehrspolitik und die neue Umweltpolitik ihre volle Rechtfertigung in Verbindung mit der Gemeinschaftsdimension, die die Grundlage für einen gemeinsamen Wirtschaftsraum abgibt.

So sind für die Strukturfonds fünf vorrangige Ziele herausgestellt worden: Aufholen des Entwicklungsrückstandes der Regionen; Umstellung der im Niedergang begriffenen Industriegebiete, für die wir — nebenbei bemerkt — zu wenig tun; Bekämpfung der langfristigen Arbeitslosigkeit; berufliche Eingliederung der Jugendlichen und schließlich Erhaltung des ländlichen Milieus unter anderem, aber nicht nur durch Anpassung der landwirtschaftlichen Produktionsstrukturen.

Wenn wir diese fünf vorrangigen Ziele anstreben, kann unsere Politik konkret und effizient sein.

Was die Modalitäten der Reform selbst angeht, möchte ich Ihnen der Einfachheit halber zwei Leitgedanken darlegen.

Erstens sollen grundsätzlich Mehrjahresprogramme den Vorzug erhalten, die die Maßnahmen der Mitgliedstaaten und der Regionen selbst ergänzen.

Zweitens soll die Interventionspolitik so stark wie möglich dezentralisiert werden. Brüssel darf nicht zusätzlich zur Zentralisierung beitragen, vielmehr müssen von Brüssel aus Initiativen angeregt und verbreitet werden.

Die Kommission schlägt daher vor, daß die Gemeinschaft sich die Mittel für eine effiziente Interventionspolitik an die Hand gibt, soweit diese Interventionen den Wert der einzelstaatlichen und regionalen Maßnahmen effektiv erhöhen. In diesem Rahmen schlägt sie vor, das Finanzvolumen der Strukturfonds bis 1992 real zu verdoppeln.

Schließlich muß die Gemeinschaft, um die Gemeinsame Agrarpolitik anzupassen und den anderen Politiken eine echte wirtschaftliche Bedeutung zu verleihen, über ein System ausreichender, stabiler und garantierter Eigenmittel verfügen. Wir können es uns nicht leisten, alle zwei oder drei Jahre in eine Krise zu geraten und die nationalen Parlamente um Hilfe zu bitten.

Die Kommission hat sich deshalb bewußt für eine mittelfristige Perspektive entschieden.

Mit der Weiterführung der Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik und der Erneuerung der Strukturfonds kann die Gemeinschaft ihre politische Glaubwürdigkeit wiedererlangen. Beide Ziele sind, wie ich soeben sagte, untrennbar mit der unerläßlichen Reform ihres Finanzsystems verknüpft.

Die gegenwärtigen Eigenmittel, über die wir aufgrund des Beschlusses vom 2. April 1970 und des Europäischen Rates von Fontainebleau verfügen, reichen nicht mehr aus.

Jeder weiß, daß die Ausgaben 1987 aus den vorhandenen Mitteln nicht in voller Höhe finanziert werden können und daß die Kommission die Konsequenzen daraus ziehen muß. Jeder hier kennt die Praktiken, mit denen seit 1983 das reale Defizit im Gemeinschaftshaushalt kaschiert wird. Und ich habe den Staatschefs in London, als sie mir das Wort erteilten, gesagt, daß ich für meinen Teil es ablehne, für 1987 oder in Zukunft wieder auf solche Notlösungen zurückzugreifen.

Jeder weiß auch, daß die Grundlage der Eigenmittel ausgehöhlt wird, da ihre Bezugsgrößen langsamer wachsen als die Wirtschaft.

Die Gemeinschaft hat jedoch vor kurzem mit der Einheitlichen Akte und der Erweiterung um zwei neue Mitgliedstaaten weitreichende politische Verpflichtungen übernommen.

Wie soll der Gemeinschaftshaushalt bis 1992 im wesentlichen aussehen? Diese Frage hat sich die Kommission gestellt, diese Frage mußte sie sich stellen angesichts der Maßnahmen zum Ausgleich der Agrarausgaben, der realen Verdoppelung der Strukturfondsmittel, des Rahmenprogramms für die Forschung, der verkehrs- und umweltpolitischen Maßnahmen und — das muß ich hinzufügen — der notwendigen Steigerung unserer Ausgaben für Entwicklungshilfe.

Die Gemeinschaft kann nicht länger mit sich wiederholenden Finanzkrisen und mit Notlösungen leben, die in Anspruch zu nehmen die Kommission nicht mehr bereit ist.

Die Gemeinschaft braucht künftig eine Haushaltssicherheit, und hierzu sind hinsichtlich ihrer Finanzmittel zwei wichtige Änderungen notwendig.

Zunächst muß der Höchstsatz der Eigeneinnahmen der Gemeinschaft im Verhältnis zu ihrem BSP ausgedrückt werden, an dem sich der Wohlstand der Gemeinschaft am besten messen läßt; dieser Höchstsatz, der bis 1992 ausreichend sein muß, sollte auf 1,4% des BSP festgesetzt werden. Durch diese politische Entscheidung würde eine Plafonierung der an den Gemeinschaftshaushalt zu leistenden Pflichtzahlungen garantiert.

Sodann müssen wir die Zusammensetzung der Gemeinschaftsmittel innerhalb dieses Höchstsatzes ändern, um ein besseres Verhältnis zwischen dem Beitrag zur Haushaltsfinanzierung und dem relativen Wohlstand des Landes und die erforderliche Flexibilität zu gewährleisten. Wir müssen also über stabile und ausreichende Einnahmen verfügen.

Die im Rahmen der Höchstgrenze von 1,4% des BSP der Gemeinschaft verfügbaren Einnahmen würden sich unserem Vorschlag entsprechend wie folgt aufgliedern:

- erstens Zölle;
- zweitens Agrarabschöpfungen;
- drittens Mehrwertsteuereinnahmen aus der Erhebung von 1 % auf die tatsächliche Mehrwertsteuer-Bemessungsgrundlage. Dadurch würde der Eigenmittelcharakter der Mehrwertsteuer verstärkt;
- schließlich eine vierte Einnahmenart, eine sogenannte Korrekturreinnahme, durch Belastung der ergänzenden Bemessungsgrundlage, die als Differenz zwischen dem BSP — auf dessen Vorteile ich bereits hingewiesen habe — und der tatsächlichen Mehrwertsteuer-Bemessungsgrundlage für die 1 %ige Erhebung definiert ist.

So würde die neue Grundlage der eigenen Mittel aussehen. Die Kommission möchte sich jedoch die Möglichkeit offen halten, daß diese Mittel bis 1992 innerhalb der Höchstgrenze von 1,4 % des BSP um eine fünfte Mittelart ergänzt werden. Denkbar wäre beispielsweise eine — sehr niedrige — Stempelsteuer auf finanzielle Transaktionen. Die Kommission legt jedoch hierzu noch keinen Vorschlag vor.

Ich möchte an dieser Stelle betonen, daß der Vorschlag für einen Höchstsatz von 1,40% des BSP nicht nur bedeutet, daß die Mittel nicht rascher steigen werden als im Zeitraum 1980—1987, sondern daß sie in Wirklichkeit langsamer steigen werden; sie werden langsamer steigen, wenn Sie bedenken, daß wir innerhalb dieses Höchstsatzes auch unsere heutige Schuldenlast abtragen müssen. Worum handelt es sich dabei? Um den Abbau der landwirtschaftlichen Lagerbestände, um die Altlast — zu viele Verpflichtungen,

nicht genügend Zahlungen — und schließlich um die zunehmenden und normalen Auswirkungen der Erweiterung der Gemeinschaft um Spanien und Portugal. Ich muß diese Punkte herausstellen, damit klar wird, wie maßvoll die Kommission bei ihren finanziellen Forderungen geblieben ist.

Schließlich stellt sich die drängende Frage nach dem Ausgleich der Haushaltsungleichgewichte. Wir wollen offen sprechen: Die Kommission hatte die Wahl zwischen vier Lösungen:

Erste Lösung: gar nichts vorschlagen, denn schließlich war der Vorschlag für den Mechanismus nicht von der Kommission, sondern von den Regierungschefs auf der Tagung des Europäischen Rates in Fontainebleau ausgegangen. Aber dies wäre die einzige Lösung gewesen, die mit dem Gemeinschaftsgeist in Einklang gestanden hätte, und die Kommission, die realistisch sein und sich ihrer Verantwortung in vollem Umfang stellen wollte, hat auch hier einen Vorschlag vorgelegt.

Die zweite Lösung bestand darin, den Mechanismus von Fontainebleau weiterzuführen. Aber die Lage der Gemeinschaft, meine Damen und Herren, hat sich durch den Beitritt zweier neuer Mitgliedstaaten, deren Lebensstandard weit unter dem Gemeinschaftsdurchschnitt liegt, seit 1984 verändert.

Die dritte Lösung war die allgemeine Festsetzung der Nettosalen mit einem gewissen Ausgleichsmechanismus. Davon war vor Fontainebleau oft die Rede, aber diese Lösung würde dem Gemeinschaftsgeist zuwiderlaufen, und deswegen lehnt die Kommission sie kategorisch ab. Die Vor- und Nachteile der Teilnahme an der Gemeinschaft dürfen nicht an der Höhe ihres Haushaltssaldos gemessen werden. Eine solche Lösung wäre inakzeptabel. Die Kommission will jedenfalls die Verantwortung dafür nicht übernehmen.

Die vierte Lösung bestand darin, einen vorläufigen — ich betone: vorläufigen — neuen Mechanismus vorzuschlagen. Wir haben diese Lösung, getreu den vom Europäischen Rat in Fontainebleau eingegangenen Verpflichtungen, in Betracht gezogen. Die Kommission ist dabei ausgegangen von der — wie es im Papier von Fontainebleau heißt — „gemessen am relativen Wohlstand zu großen Haushaltslast“ eines Mitgliedstaates.

Mit Rücksicht auf die Besonderheit der britischen Situation haben wir uns dafür entschieden, bei dieser Korrektur von der tatsächlichen Ursache des Ungleichgewichts, das heißt der fundamentalen Diskrepanz zwischen den Agrarstrukturen im Vereinigten Königreich und den übrigen Ländern auszugehen. Infolgedessen handelt es sich — um beim Gemeinschaftsjargon zu bleiben — gewissermaßen um einen „grünen Ausgleichsschlüssel“. Und last, not least eine verstärkte Haushaltsdisziplin und straffere Haushaltsführung. Hierzu werden dem Europäischen Parlament, um ganz offen zu sein, wohl die meisten Fragen gestellt. Warum neue Mittel, wenn sich die Gemeinschaft im finanziellen Bereich nicht wie ein Erwachsener benimmt? Warum neue Mittel, wenn wir uns wie eine internationale Organisation mit Verpflichtungen, aber nicht wie eine echte Gemeinschaft verhalten? Es muß festgestellt werden, daß die nach dem Rat von Fontainebleau eingeführte Haushaltsdisziplin gescheitert ist. Warum? Man kann nicht auf der einen Seite im Agrarministerrat oder im Rat der Forschungsminister Beschlüsse fassen und auf der anderen Seite im Rat der für Haushaltsfragen zuständigen Minister einen Bezugsrahmen festlegen, der dann systematisch überschritten wird. Die Zersplitterung des Entscheidungsprozesses muß angeprangert werden.

Man kann nicht auf der einen Seite einseitig einen Steigerungshöchstsatz für die nichtobligatorischen Ausgaben festsetzen und auf der anderen Seite entgegen dem Geist von Artikel 203 des Vertrages die Diskussion mit dem Europäischen Parlament ablehnen.

Meine Damen und Herren, die Haushaltsdisziplin wird eine Illusion bleiben, solange das Europäische Parlament nicht vom Beginn des Verfahrens an daran beteiligt wird und solange der Rat in seinem Rahmen widersprüchliche Beschlüsse faßt. Die Gemeinschaft darf nicht weiterhin institutionellen Kleinkrieg führen. Sie muß ihre Beschlüsse eindeutig und konsequent fassen. Und doch ist die Haushaltsdisziplin unverzichtbar. Sie müßte auf einem Konsens zwischen den drei Organen beruhen. Die Kommission schlägt daher eine Vereinbarung zwischen den Organen, ein für fünf Jahre geschlossenes Bündnis zwischen dem Europäischen Parlament, dem Rat und der Kommission vor, in dessen Rahmen die Mittelhöchstgrenzen und

die großen Haushaltsblöcke im voraus festgesetzt werden. Das Haushaltsverfahren würde in diesem im voraus festgesetzten Rahmen abgewickelt, genauer gesagt, nachdem die Organe einen jährlichen Mittelhöchstbetrag für jedes der Jahre 1988, 1989, 1990, 1991 und 1992 festgesetzt haben. Für die nichtobligatorischen Ausgaben müssen genaue Kriterien aufgestellt werden. Die Eindämmung der Agrarausgaben muß jedoch endlich durch die Fortsetzung der Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik und die Einführung von zwingend, ja automatisch im derzeitigen Rahmen der agrarspezifischen Haushaltsdisziplin funktionierenden Haushaltsstabilisatoren gewährleistet werden. Natürlich müssen dabei die außergewöhnlichen monetären Gegebenheiten berücksichtigt werden; die Kommission schlägt daher vor, neben dem jährlichen Rahmenbetrag für die Gemeinsame Agrarpolitik eine Sonderreserve zu bilden, um die Rückwirkungen der Dollarschwankungen aufzufangen. Wie Sie wiederholt gewünscht haben, wird die Mehrjahres-Haushaltsplanung damit zu einem wichtigen Instrument der Haushaltsführung und der Einhaltung der Haushaltsdisziplin werden. Dieses Instrumentarium muß durch eine Änderung der Verfahren und Vorschriften für die Haushaltsführung vervollständigt werden. Die Kommission schlägt vor, diese Änderung solle im wesentlichen darin bestehen, daß das Jährlichkeitsprinzip wie bei den einzelstaatlichen Haushalten durch Verringerung der Möglichkeiten der Überdotierung und größere Transparenz der verfügbaren Mittel gewährt wird. Dies setzt eine umfassende Reform der Haushaltsordnung voraus. Meine Damen und Herren, es ist Zeit, daß die Haushaltsbehörden die Voraussetzungen schaffen, um für die Mittel der Gemeinschaft ein guter Sachwalter zu sein. Die Bürger Europas verlangen dies.

Dies sind die Grundzüge der Vorschläge, die die Kommission für die „große Verabredung“ ausgearbeitet hat. Gleichzeitig muß das Fundament der Neubelebung Europas 1987 weiter bearbeitet und gefestigt werden. Einer der überzeugendsten Beiträge, den wir zu dieser Debatte über die Bedingungen für den Erfolg der Einheitlichen Akte leisten können, ist der Beweis, daß sie bereits Anwendung findet, daß Fortschritte möglich und andere im Begriff sind, vollzogen zu werden. Da die Dinge durch Bewegung in Fluß kommen, müssen wir 1987 das Fundament der Neubelebung Europas dadurch abstützen und festigen, daß wir Fortschritte auf dem Weg zur Errichtung des großräumigen Binnenmarktes und zur Einführung der Gemeinschaftspolitiken, die ihn erforderlich machen, erzielen, das Europäische Währungssystem eine weitere Stufe voranbringen, die Bürger und die Sozialpartner stärker in die eingeleitete Entwicklung einbeziehen und schließlich das Jahr 1987 zu einem Test für ein besseres Funktionieren der Gemeinschaftsorgane im Sinne der Einheitlichen Akte machen. Lassen Sie mich zunächst auf den großräumigen Binnenmarkt und dann auf die Gemeinschaftspolitik eingehen. Der Binnenmarkt ist, wie ich bereits gesagt habe, nach wie vor das Hauptziel. 1987 wird die Kommission unter anderem zwei Initiativen ergreifen, die sie für besonders wichtig hält. Die eine betrifft die Öffnung des öffentlichen Auftragswesens für die noch vom Wettbewerb ausgeschlossenen Sektoren: Energie, Verkehr, Wasserversorgung und Telekommunikation. Gleichzeitig schlagen wir eine Stärkung unserer Befugnisse zur Überwachung der Ausschreibungsverfahren vor. Die andere Initiative betrifft die Annäherung der Mehrwert- und Verbrauchsteuersätze sowie die Verteilung der Erzeugnisse entsprechend diesen Sätzen. Auf diese Weise kann der großräumige Binnenmarkt auf ein Steuersystem gegründet werden, das mit einem lauterem und gerechten Wettbewerb vereinbar ist.

Dies sind die beiden neuen Tests für den Willen der Mitgliedstaaten, den Termin 1992 für die Verwirklichung des großräumigen Marktes ohne Grenzen einzuhalten. Andere wichtige Dossiers — muß ich daran erinnern — liegen dem Rat vor und müssen in diesem Jahr erledigt werden; dazu gehören der Luftverkehr, die Abgasemissionen, das neue Normungskonzept usw. Außerdem wird die Kommission entsprechend ihrer Verpflichtung ein umfassendes Grundsatzpapier über die Auswirkungen der Verwirklichung des einheitlichen Marktes auf die Stärkung der Handelspolitik der Gemeinschaft vorlegen. Damit werden wir den Erwartungen gerecht, die Sie insbesondere bei der Annahme des ausgezeichneten Berichts von Herrn Beazley über die Kraftfahrzeugindustrie im vergangenen Monat geäußert haben.

Der großräumige Markt — dies ist Ihnen bekannt — setzt eine engere Zusammenarbeit und eine moderne, leistungsfähige Gemeinschaftspolitik in den verschiedenen Bereichen voraus. Sie kennen auf diesem Gebiet auch die Priorität der Prioritäten, die unverzichtbare Beherrschung der neuen Technologien, Grundlage der Wettbewerbsfähigkeit und des Wohlstands, die der großräumige Binnenmarkt erleichtern kann, sofern die Entwicklung in Gang kommt. Meine Damen und Herren, die fundamentale Bedeutung der Gemeinschaftsaktion ist zwar von den höchsten politischen Stellen anerkannt und in der Einheitlichen Akte

verankert worden, doch ist das Rahmenprogramm 1987—1991 immer noch nicht erlassen. Dies ist nicht tragbar. Werden in diesem Jahr so wichtige Programme wie Esprit, RACE, Brite eingestellt, weil keine Mittel dafür vorhanden sind? Ich stelle die Frage, denn wieder steht unsere Glaubwürdigkeit, die Glaubwürdigkeit der Gemeinschaft, auf dem Spiel.

Die Kommission hat mit Ihrer Unterstützung — insbesondere dank der sorgfältigen Arbeit des Ausschusses für Energie, Forschung und Technologie — bereits die erforderlichen Schritte unternommen, damit der Rat auf seinen Tagungen im Februar und März rasch zu einem Beschluß gelangt. Lassen Sie mich an dieser Stelle dem belgischen Vorsitz, der sich der Sache tatkräftig angenommen hat, meinen Dank aussprechen.

Muß man nun aber in dieser Unentschlossenheit, insbesondere im Bereich der Forschung, den Ausdruck von Mißtrauen gegenüber der Gemeinschaft sehen? Dies wäre gleichzeitig eine Ungerechtigkeit und ein Irrtum. Wir wollen doch nicht mit den Mitgliedstaaten rivalisieren, sondern vielmehr die unabdingbare wünschenswerte Zusammenarbeit zwischen den Wirtschaftsteilnehmern unterstützen. Unsere Aufgeschlossenheit und Wachsamkeit gegenüber Eureka sind ein Beweis dafür.

Diese Methode, die Methode des Rahmenprogramms, besteht darin, zu helfen, ohne an die Stelle eines anderen zu treten; wir haben dies mit der Annahme der Integrierten Mittelmeerprogramme bewiesen. Meine Damen und Herren, das Parlament hat uns dabei sehr geholfen. Daher muß ich Ihnen heute sagen, daß es sich um ein sehr ermutigendes Experiment handelt, das den Anstoß zu einer neuen Arbeitsmethode gegeben hat, der Einführung eines ständigen Dialogs und einer neuartigen Konzertierung zwischen den Regionen und der Gemeinschaft, jenen Regionen, denen die Aufgabe zukam, sowohl ihren Bedarf als auch die Mittel zu seiner Deckung zu bestimmen.

Die Kommission spielt gewissermaßen die Rolle eines Fachmanns für Regionalentwicklung. Damit sind wir weit entfernt von dem Bild einer ätherischen Bürokratie, das uns einige weiterhin anhängen.

Vor allem aber — und das hat uns ermutigt, diese Methode allgemein in unsere Vorschläge einzubeziehen — sind sich die Regionen, denen auf diese Weise Impulse gegeben wurden, ihrer Stärken und Schwächen bewußt geworden, und sie haben ihren Willen zum Ausdruck gebracht, neuartige Wege der Entwicklung einzuschlagen.

Wir werden also auf dem Weg zur Verwirklichung des Binnenmarktes weiter voranschreiten, wir werden weitermachen, um die Gemeinschaftspolitik in diesen Bereichen auszugestalten, aber wir müssen uns in diesem Jahr — die Sache duldet keinen Aufschub — mit der Entwicklung des Europäischen Währungssystems auseinandersetzen, denn die Ereignisse vom Dezember und Januar zeigen uns, daß es bedroht ist, daß es an einem Scheideweg steht. Mit anderen Worten, das Fundament der Neubelebung ausbauen heißt auch die Bande der währungspolitischen Zusammenarbeit zwischen den Europäern enger knüpfen.

Man kann sagen, daß eine erste Stufe des Funktionierens des Europäischen Währungssystems effektiv zu Ende geht. Eine sehr abgeschwächte Inflation, Währungsstabilität und eine umsichtige Haushaltspolitik sind heute das gemeinsame Merkmal der den Wechselkursmechanismen angehörenden Länder. In dieser Phase hat das Europäische Währungssystem wie erinnerlich eine sehr positive Rolle gespielt, um die meisten Länder auf den Pfad der Tugend, den *Circulus virtuosus*, der von Ablehnung der Inflation und der Ungleichgewichte gekennzeichnet ist, zurückzuführen.

Das Europäische Währungssystem muß nun den Kern eines in bezug auf Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigungswirksamkeit leistungsfähigeren Wirtschaftssystems bilden. Die spektakulären Fortschritte der Liberalisierung des Kapitalverkehrs in der Gemeinschaft lassen uns nur noch eine Wahl: Wir müssen durch Ausweitung des Bereichs der wirtschafts- und währungspolitischen Konzertierung weiter vorankommen.

Das in nie dagewesenem Umfang auf den Kapitalmärkten ausgebrochene Spekulationsfieber legt einigen nahe, die Wechselkursdisziplin zu lockern. Dies ist nicht unsere Auffassung. Andere wiederum denken

gleichzeitig daran, die Wechselkursbewegungen zwischen den Schlüsselwährungen des internationalen Währungssystems in einem bestimmten Rahmen zu halten. Dies ist eine andere Frage.

Der Preis für eine stärkere Finanzintegration der europäischen Volkswirtschaften darf nicht Unsicherheit über die Paritäten sein, da sie die für den Aufschwung des Handels unverzichtbare Stabilität zerstört.

Ich muß hinzufügen, daß die Erhaltung eines gemeinsamen Agrarmarktes, die Schaffung eines grenzfreien funktionierenden Binnenmarktes undenkbar ist, wenn nicht alle Währungen 1992 die gleiche Wechselkursdisziplin einhalten. Die Kommission wird in Bälde die wirklichen Voraussetzungen für eine vollständige Liberalisierung des Kapitalverkehrs darlegen: Dazu gehören anhaltende und beharrliche Bemühungen um währungs-, haushalts- und steuerpolitische Koordinierung und eine gleichlaufende Annäherung der bankaufsichtlichen Vorschriften und der Grundregelungen für die Banken und sonstigen Finanzinstitute. Auf Wunsch des amtierenden Präsidenten des Rates der Wirtschafts- und Finanzminister wird im April eine erste Erörterung über diese Probleme stattfinden.

Gleichzeitig wird die Kommission, wie sie dies seit 1985 getan hat, zu den Überlegungen im Hinblick auf eine Festigung des Europäischen Währungssystems im Rahmen einer verstärkten Konvergenz der Volkswirtschaften beitragen. Dabei muß nach den erfolgreichsten Wegen gesucht werden: Zunächst bedarf es einer wirksameren Koordinierung der Zinspolitik, was in den letzten Wochen besonders gefehlt hat. Dies ist zumindest eine der Lehren, die aus dieser Erfahrung zu ziehen sind. Sodann muß der vom Bremer Rat vorgesehene Abweichungsindikator wieder auf die Tagesordnung gesetzt werden. Dieser Abweichungsindikator kann zu einer positiven Regel für koordinierte und ausgewogene Interventionen der Zentralbanken werden. Schließlich muß dem Europäischen Fonds für währungspolitische Zusammenarbeit eine verstärkte Funktion bei der Regulierung des Systems zukommen, die unserer Ansicht nach auch eine stärkere Verwendung der ECU impliziert.

Dies sind lediglich erste Schritte auf dem Weg, der es uns ermöglichen soll, den gemeinsamen Finanzraum in den Griff zu bekommen und generell alle seine positiven Auswirkungen auf den großräumigen Binnenmarkt ohne Grenzen zu übertragen.

Auf diese Weise, meine Damen und Herren, wird Europa die Fähigkeit erlangen, die ECU zu einer Reserve- und Transaktionswährung zu machen. Erst dann kann es eine effektive Rolle bei der Neuordnung des internationalen Währungssystems spielen.

Drittens wollen wir unsere Zusammenarbeit mit den Teilnehmern am Wirtschafts- und Sozialleben fortsetzen.

Seit zwei Jahren bemüht sich die Kommission nicht ohne Erfolg, den Dialog zwischen den Arbeitgebern und den Gewerkschaften wieder in Gang zu bringen. Gleichzeitig haben ihr die Sozialpartner ihre Unterstützung bei der kooperativen Wachstumsstrategie zugesagt.

Diese beiden Fakten müssen zu einem Zeitpunkt ins Gedächtnis zurückgerufen werden, da sich in allen Ländern Enttäuschung darüber breit macht, daß trotz der von den sinkenden Erölpreisen und dem Verfall des Dollarkurses ausgehenden stimulierenden Wirkung nicht mehr Ergebnisse in bezug auf Wirtschaftswachstum und Schaffung von Arbeitsplätzen erzielt wurden.

Der belgische Vorsitz war überaus bestrebt, die Wirtschaftsdebatte über das Wachstum und die soziale Debatte über die Arbeitsorganisation, die Neugestaltung der Arbeitszeit, die Einführung der neuen Technologien und die Funktionsweise des Arbeitsmarktes neu zu beleben. Wir haben bei der Kommission für alle diese Themen Arbeitsgruppen, in denen Arbeitgeber und Gewerkschaften vertreten sind.

Die Kommission wird daher zusammen mit dem belgischen Vorsitz den sozialen Dialog weiter aktivieren und die Diskussion im Rat über die Mittel und Wege, wie in der gesamten Gemeinschaft — denn dies ist möglich — ein stärkeres und beschäftigungswirksameres Wachstum herbeigeführt werden könnte, wieder in Gang setzen. Wie die Kommission in ihrem Bericht über „die große Verabredung“ betont, handelt es sich

hier um eine wesentliche Voraussetzung für die Erleichterung der effektiven Verwirklichung des großräumigen Binnenmarktes.

Ich möchte die Erläuterung des Programms der Kommission nicht abschließen, ohne auf das Europa der Bürger einzugehen, ganz gleich, wie groß, meine Damen und Herren, Ihre und unsere Enttäuschung auf diesem Gebiet sein mag.

Während wir diesen Weg der Neubelebung der Gemeinschaft einschlagen, müssen die Bürger unbedingt das Gefühl haben, daß dieser neue Vorstoß Europas sie unmittelbar angeht und berührt. Beachten Sie die vielfältigen positiven Reaktionen auf die kostenlose Verteilung von Nahrungsmittelüberschüssen an die karitativen Verbände. „Endlich hat Europa ein Herz“, war nach unseren verspätet getroffenen Maßnahmen zu hören, die wir im übrigen fortsetzen werden.

Wir müssen uns das Europa der Bürger genauer vergegenwärtigen. Das Europa der Bürger bedeutet für alle Europäer Freizügigkeit, Aufenthaltsrecht, allseitige Anerkennung ihrer Diplome.

Man hält uns vor, Europa sei bürokratisch. In diesem Fall liegen die Dinge aber genau umgekehrt. Wie viele Verfahren und Verwaltungsformulare werden nicht nach der Öffnung, der gegenseitigen Anerkennung der Normen und Diplome abgeschafft!

Innerhalb dieses grenzfreien Raums, den wir verwirklichen wollen, fördern wir die Mobilität der Jugendlichen. Das Comett-Programm, das Tausenden von Studenten die Möglichkeit gibt, ein Praktikum bei einem Unternehmen in einem anderen Mitgliedstaaten abzuleisten, ist bereits angenommen worden. Das Programm Erasmus wird demnächst verabschiedet, dazu haben sich die Staats- bzw. Regierungschefs auf dem letzten Gipfeltreffen in London verpflichtet. Dank dieses Programms können Zehntausende von Studenten einen Teil ihres Studiums an einer Hochschule eines anderen Gemeinschaftslandes absolvieren. Das Programm YES schließlich wird den Jugendaustausch fortsetzen und fördern.

Europa ist in den Augen der Bürger etwas, das ihr Leben, ihre Gesundheit angeht. Daher haben wir Maßnahmen zur Krebsbekämpfung getroffen, die in einer bemerkenswerten Effizienz, einer weitreichenden Zusammenarbeit ihren Niederschlag gefunden haben; das gleiche werden wir für Aids tun. Die Bürger müssen wissen, daß Europa durch die wissenschaftliche Zusammenarbeit, den Information- und Erfahrungsaustausch, den guten Willen aller Spezialisten und aller Professoren es ermöglichen kann, die Bemühungen eines jeden nutzbar zu machen und unserer Aktion eine um ein Vielfaches größere Wirksamkeit zu verleihen.

Europa ist für die Bürger auch etwas, das sich in Ihrem Alltag durch Stärkung des Gefühls der Zugehörigkeit zu ein und derselben Gemeinschaft ändern kann. Im Mittelpunkt dieser Zugehörigkeit stehen selbstverständlich die vielfältigen, verschiedenartigen, durch unsere Unterschiede bereicherten kulturellen Errungenschaften. In diesem Zusammenhang möchte ich daran erinnern, daß die Kommission im nächsten Monat in Florenz eine Konferenz veranstaltet, die Ausgangspunkt für gemeinsame Überlegungen und eine konzertierte Aktion zum Thema Beziehungen zwischen Kultur, Wirtschaft und Technologie sein wird.

Ich muß auch, obgleich die Aufgabe nicht leicht ist, einige Worte über das Fernsehen und den audiovisuellen Bereich sagen, damit deutlich wird, daß hinter der Fülle, dem Überangebot an Bild und Ton, das die Folge der neuen Techniken sein wird, unsere kulturelle Identität und unsere Technologiekapazität zur Debatte stehen.

Meine Damen und Herren, ohne gemeinsame Anstrengungen, ohne Zusammenlegung unserer Kräfte wird es uns nicht gelingen, dieser neuen, starken Programmnachfrage gerecht zu werden. Ohne Konzertierung bei der Erstellung gemeinsamer Normen werden wir die Kette von Produktion und technologischer Verbreitung nicht in den Griff bekommen. Sie wissen, daß in industrieller und kultureller Hinsicht unendlich viel auf dem Spiel steht. Die Kommission hat im Hinblick auf den großräumigen Binnenmarkt eine umfassende Medienpolitik und insbesondere jene Richtlinie „Fernsehen ohne Grenzen“ vorgeschlagen, die Sie demnächst zu prüfen haben. Sie stellt die Mindestvorschriften auf, die notwendig sind, um gemeinsam den

freien Verkehr der Fernsehsendungen zu organisieren; außerdem soll noch in diesem Jahr das Media-Programm eingeführt werden in dessen Rahmen die Fachkreise an der Erstellung einer Diagnose über die europäischen audiovisuellen Medien, die Produktion und Verbreitung audiovisueller Werke beteiligt werden. Ich wiederhole mit Nachdruck: Es steht unendlich viel auf dem Spiel. Schaffen wir also die erforderlichen Voraussetzungen, damit aus dieser Industrie, dieser Tätigkeit ein wirkliches Instrument zur Wahrung und Verbreitung unserer Kultur wird. In dieser Hinsicht ist das Europäische Film- und Fernsehjahr ein wichtiger Markstein.

Für Europa, das nicht nur von Wirtschaft lebt, steht wie gesagt unendlich viel auf dem Spiel. Verpassen wir nicht diese für unsere Zivilisation, unsere Kultur, unsere Kulturschaffenden historische Verabredung.

Das Jahr 1987 wird schließlich ein Test für eine bessere Funktionsweise unserer Organe sein.

Im Rahmen des institutionellen Dreiecks müssen drei Erfordernisse erfüllt sein, an die ich hier nur kurz erinnern möchte: Wie können im Ministerrat besser Beschlüsse gefaßt werden, wie kann das Parlament stärker am Gesetzgebungsprozeß beteiligt werden, wie wird der Kommission eine effizientere praktische Durchführung ermöglicht?

Um rascher Beschlüsse fassen zu können, hat sich der Rat im Dezember 1986 endlich zu einer Reform seiner Geschäftsordnung bereit erklärt. Die Lösung ist zwar nicht perfekt, doch kommt es in der Praxis vor allem auf eine Form von Abstimmungsverpflichtung an. In dieser Hinsicht läßt sich eine Verbesserung nicht leugnen. 1986 hat der Rat insgesamt etwa hundertmal abgestimmt.

Kein Zweifel, diese Praxis ist ein gutes Vorzeichen für den Erfolg des Kooperationsverfahrens, das, wie Sie wissen, vorschreibt, daß sich das Parlament und der Rat einer Abstimmungsdisziplin unterwerfen, um Pattsituationen oder Verzögerungen zu vermeiden.

Wenn das Kooperationsverfahren richtig gehandhabt wird, kann es wesentlich vielversprechender sein, als es ursprünglich schien, wesentlich vielversprechender im Sinne einer Teilhabe des Parlaments an der Gesetzgebungsbefugnis.

Erste Voraussetzung für seinen Erfolg ist eine engere Konzertierung zwischen Kommission und Parlament. Dies wird im übrigen in dem Bericht von Herrn Prout vorgeschlagen. Die Kommission hat sich für ihren Teil bemüht, in ihrem Arbeitsprogramm 1987 die Vorschläge herauszustellen, bei denen das Kooperationsverfahren angewandt werden muß. Auf dieser Grundlage können unsere beiden Organe gemeinsam einen Arbeitszeitplan ausarbeiten. Zweite Voraussetzung für den Erfolg dieses Verfahrens ist die Einführung eines ständigen Dialogs zwischen Kommission und Parlament und insbesondere die Notwendigkeit, bereits bei der ersten Lesung eine Einigung herbeizuführen. Dies ist der Sinn Ihrer Entschließung zu dem Bericht von Herrn Planas Puchades. Die Kommission teilt dieses Anliegen.

Schließlich muß man sich fragen, wie es um die Stärkung der Durchführungsbefugnisse der Kommission bestellt ist; hierzu möchte ich mich wesentlich weniger optimistisch äußern. Die Bedenken, die ich Ihnen, meine Damen und Herren, bei der Abstimmung über den Bericht von Herrn Hänsch vorgetragen habe, haben sich leider als gerechtfertigt erwiesen. Obgleich unser Vorschlag realistisch ist, wollen verschiedene Mitgliedstaaten um keinen Preis weder für die Vergangenheit noch für die Zukunft etwas ändern, um das unfruchtbare Hin und Her in zahlreichen Ausschüssen, das dem Erfolg der Gemeinschaftsaktion schadet, fortzusetzen. Gleichviel, die Kommission untersagt es sich in ihrer täglichen Praxis, von den Grundsätzen der Einfachheit, Transparenz und Effizienz abzuweichen, von denen sich ihr Vorschlag hat leiten lassen. Daher, so wiederhole ich, darf Europa der Verabredung mit sich selbst im Jahr 1987 nicht aus dem Weg gehen. Die Einheitliche Akte überträgt ihm dazu die politische Verpflichtung. Was die Kommission in einem vollständigen, geschlossenen Ganzen vorschlägt, sind die politischen Maßnahmen und die Mittel und Wege, um die Einheitliche Akte, nichts als die Einheitliche Akte, aber die ganze Einheitliche Akte zu verwirklichen. Dabei geht es in erster Linie um die Glaubwürdigkeit des europäischen Aufbauwerks. Dabei wird aber auch im Rahmen des Alltagsgeschehens veranschaulicht, was Europa schon heute für unsere Völker leisten kann. Den Regierungen obliegt eine moralische Verpflichtung angesichts der wachsenden

Enttäuschung der Bürger, denen nicht nur ein gemeinsames Ideal, sondern auch die Vorstellung von ihrer gemeinsamen Zukunft genommen ist. Meine Damen und Herren, Europa muß sich im Innern behaupten, indem es dauerhafte, und nicht kurzfristige Lösungen für diese Probleme erarbeitet. Es muß sich im Innern behaupten, indem es deutlicher herausstellt, daß zwischen dem, was die Gemeinschaft tun kann, und dem, was die Mitgliedstaaten tun können, eine konkrete Verbindung besteht. Europa muß sich aber auch nach außen behaupten, indem es koordiniert vorgeht, um seine legitimen Interessen zu vertreten, indem es tätig wird, um einen Beitrag zu den zentralen Fragen der Unterentwicklung und des Friedens zu leisten. Gelegentlich nein sagen können, gegenüber den Rückständigsten und Ärmsten großzügig sein — daher die Priorität für die Entwicklungshilfe in diesem Programm —, die Voraussetzungen für Wohlstand und Wettbewerbsfähigkeit schaffen, ich wiederhole, nein sagen können, großzügig sein, wettbewerbsfähig sein, das sind die Grundzüge dieses ständig neu begonnenen Kampfes. Die Kommission hat sich ihrer Verantwortung gestellt, sie ist keiner Schwierigkeit aus dem Weg gegangen und sie weiß, daß sie mit der Unterstützung des Europäischen Parlaments rechnen kann, damit „die große Verabredung“ zu einer wichtigen und positiven Etappe des europäischen Aufbauwerks wird.